

Stellungnahme der Verwaltung

10. Sitzung des Bezirksausschusses Keyenberg/Venrath/Borschemich

Sitzungstermin:	Montag, 11.02.2019
Sitzungsbeginn:	19:00 Uhr
Sitzungsende:	20:45 Uhr
Ort, Raum:	Pfarrheim Venrath, 41812 Erkelenz

ABWICKLUNG DER TAGESORDNUNG:

Öffentlicher Teil

zu 1 Mitteilungen des Vorsitzenden

Keine Mitteilungen.

zu 2 Informationen zur Niederschrift der 9. Sitzung am 31.10.2018

Ausschussvorsitzender Dederichs verliest die einzelnen Stellungnahmen der Verwaltung zur Niederschrift der 9. Sitzung des Bezirksausschusses, beginnend mit der Stellungnahme zur Geschäftsordnung und zur Zuständigkeitsordnung des Rates.

2.1 Sitzungsverfahren

Er spricht sich dafür aus, auch zukünftig Gästewortmeldungen zuzulassen und lässt hierüber abstimmen.

Beschluss:

„Der Bezirksausschuss Keyenberg/Venrath/Borschemich wird auch zukünftig Gästewortmeldungen in seinen Sitzungen zulassen.“

Abstimmungsergebnis: einstimmig

2.2 Arbeitskreis Braunkohle

Ausschussvorsitzender Dederichs befragt den anwesenden Vorsitzenden des Braunkohlenausschusses der Stadt Erkelenz, Ratsherrn Merkens, ob der Arbeitskreis Braunkohle sich auch mit den aktuellen Fragen der Umsiedler und Umsiedlerinnen befasse.

Ausschussvorsitzender Merkens teilt mit, dass dies beim anstehenden Treffen des Arbeitskreises entschieden werden solle. Er erinnert daran, dass die Stadtratsfraktionen aufgefordert seien, unabhängig von ihrer jeweiligen Fraktionsstärke jeweils drei Mitglieder für den Arbeitskreis zu entsenden. Die CDU-Fraktion habe diese drei Vertreter/innen bereits benannt. Es sei vorgesehen, dass sich arbeitskreismäßig um die Belange der Umsiedlerinnen und Umsiedler gekümmert werde.

Ausschussvorsitzender Dederichs schlägt vor, dass für den Arbeitskreis zusätzlich drei Vertreter/innen der Umsiedler/innen durch den Bezirksausschuss benannt werden.

Daraufhin kommt der BZA Keyenberg/Venrath/Borschemich überein, folgende Personen für den Arbeitskreis zu benennen:

1. Herr Dieter Jansen
2. Herr Hans Josef Pisters
3. Herr Karl-Robert Hermanns

Als Verhinderungsvertreter für die vorgenannten Personen wird benannt:

1. Herr Andreas Goldhorn

2.3 Parksituation Kaulhausen

Nach Mitteilung der Stellungnahme der Verwaltung fragt Ausschussvorsitzender Dederichs nach Vorschlägen der BZA-Mitglieder, wie nun weiter verfahren werden solle, um in der Angelegenheit weiterzukommen.

Er schlägt vor, für die kommende Sitzung den Landesbetrieb Straßen NRW einzuladen. Auch wird die Befahrbarkeit der Straße für Feuerwehreinsatzfahrzeuge thematisiert.

Der Bezirksausschuss Keyenberg/Venrath/Borschemich fasst schließlich folgenden

Beschluss (als Empfehlung an die Verwaltung):

„Der Bezirksausschuss Keyenberg/Venrath/Borschemich bittet die Verwaltung, eine Begründung für die mittels Stellungnahme mitgeteilte Ablehnung einzuholen und mitzuteilen, da die Ablehnung unbegründet und damit nicht nachvollziehbar ist.“

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Parkflächen und das absolute Haltverbot wurden vor einigen Jahren in Absprache mit dem Landesbetrieb Straßen NRW angeordnet. Ursächlich waren seinerzeit Beschwerden der ortsansässigen Landwirte und der Anwohner.

Sollte das Parken im genannten Bereich nun gänzlich untersagt werden, so würde dies sehr wahrscheinlich zu einer Erhöhung der Ortseingangsgeschwindigkeit führen, was zu zusätzlichen Gefahren führen könnte.

Ferner sind die Meldungen über Beschädigungen an Gebäuden seit Markierung der Parkstände und der Befestigung von Warntafeln rückläufig. Außerdem wurde das Geschwindigkeitsniveau merklich gesenkt.

Der Landesbetrieb Straßen NRW ist dennoch gerne bereit, einen Ortstermin mit dem Bezirksausschussvorsitzenden, der Polizei und dem Ordnungsamt zu vereinbaren, um die Situation vor Ort zu erläutern.

2.4 Lärmschutzwall bei Kaulhausen (Lage Regenrückhaltebecken)

Nachdem Ausschussmitglied Königs berichtet hat, schlägt Ausschussvorsitzender Dederichs vor, die weitere Beratung der Angelegenheit an den Arbeitskreis Braunkohle weiterzuleiten, und zwar ohne Beschlussfassung im Bezirksausschuss.

Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

2.5 Zustand Radweg an der K 30

Nach dem Verlesen der Stellungnahme der Verwaltung empfiehlt der Ausschussvorsitzende die Angelegenheit in der nächsten Sitzung des Bezirksausschusses Keyenberg/Venrath/Borschemich erneut zur Tagesordnung zu stellen.

Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

2.6 Änderung des Bebauungsplanes Nr. XXII „Umsiedlung Keyenberg, Kuckum, Unter-/Oberwestrich, Berverath“, Erkelenz-Mitte

Ausschussvorsitzender Dederichs gibt die Stellungnahme bekannt und teilt mit, dass man diese so interpretieren könne, dass Betroffene gute Erfolgsaussichten auf Dispense nach § 31 BauGB hätten, wenn sie entsprechende Anträge stellen würden.

2.7 Probleme bezüglich Telekommunikationsanschlüssen in den Umsiedlungsstandorten

Ausschussvorsitzender Dederichs gibt die Stellungnahme der Verwaltung bekannt.

2.8 Änderungen der Entschädigungsregelungen für Umsiedler und Umsiedlerinnen

Ausschussvorsitzender Dederichs gibt sowohl die Stellungnahme der Verwaltung als auch den Inhalt einer am Sitzungstag an die Haushaltungen verteilten Sonderausgabe von „Im Dialog“, Februar 2019, die sich mit der Thematik befasst, bekannt.

Er wünsche sich Beispielrechnungen, die die Aussage belegen könnten, dass nach dem Gutachten von Prof. Dr.-Ing. Th. Kötter niemand der Umsiedlerinnen und Umsiedler schlechter gestellt werde, als dies vorher der Fall gewesen sei.

zu 3 Befestigung eines Teilstückes des Verbindungsweges von der verlängerten Borschemicher Straße, Keyenberg (neu), in Richtung Borschemich

Nach eingehender Beratung fasst der Bezirksausschuss Keyenberg/Venrath/Borschemich folgenden

Beschluss (als Empfehlung an die Verwaltung):

„Der Bezirksausschuss Keyenberg/Venrath/Borschemich beauftragt die Verwaltung, sich mit RWE-Power in Verbindung zu setzen, um bis zu einem schnellstmöglich anzustrebenden endgültigen Ausbau des Weges (verlängerte Borschemicher Straße, Keyenberg (neu) in Richtung Borschemich) diesen ebenfalls schnellstmöglich für eine gefahrlose Benutzung für Radfahrer/innen und Fußgänger/innen herstellen zu lassen. Hierbei soll der grobe Schotter durch anderes Material ersetzt werden. Eine Nutzung für den Kraftfahrzeug- und insbesondere für den Baustellenverkehr soll dabei erschwert werden. Diesbezüglich ist auch ein besonderes Augenmerk auf den Rundweg/Anbindung Keyenberg zu richten.“

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Verwaltung ist bereits in Abstimmungsgesprächen mit Vertretern der RWE Power AG bezüglich einer zügigen Umsetzung der o. a. Anregung des Bezirksausschusses Keyenberg/Venrath/Borschemich.

zu 4 Beleuchtungssituation am Umsiedlungsstandort Keyenberg, Kuckum, Unter-/Oberwestrich, Berverath

Frau Agnes Maibaum, Keyenberg, berichtet detailliert über die ihr mitgeteilte Ausbauplanung bezüglich der Straßen- und Wegebeleuchtung des Bergbautreibenden. Der Ausschuss nimmt dies zur Kenntnis. Es erfolgt keine Beschlussfassung.

zu 5 Fehlende Beschilderung am Umsiedlungsstandort Keyenberg, Kuckum, Unter-/Oberwestrich, Berverath

Ausschussvorsitzender Dederichs berichtet über Mängel in der Beschilderung zum und am Umsiedlungsstandort.

Stv. Ausschussvorsitzender Lörkens empfiehlt, die Details im Anschluss an die Sitzung zu besprechen und die Ergebnisse für die nächste Sitzung des Braunkohleausschusses dann zur Tagesordnung zu stellen.

Ausschussvorsitzender Dederichs spricht sich gegen diese Vorgehensweise aus; seiner Meinung nach gehöre die Angelegenheit in den BZA.

Nach Abschluss der Beratung fasst der Bezirksausschuss Keyenberg/Venrath/Borschemich folgenden

Beschluss (als Empfehlung an die Verwaltung):

„Der Bezirksausschuss Keyenberg/Venrath/Borschemich fordert die Verwaltung auf, die Beschilderung an folgenden Stellen zu ändern bzw. anzupassen:

1. Hinweisbeschilderung auf die Umsiedlungsorte

- a) an der Autobahnabfahrt;
- b) am Kreisverkehr Terheeg;
- c) am Mennekrather Kirchweg;
- d) am Kreisverkehr bei Borschemich;
- e) am Kreisverkehr im Verlauf der Bundesstraße 57;
- f) an und vor Mennekrath/Zufahrt nach Kuckum (neu).

2. Innerhalb des Umsiedlungsstandortes

Im Umsiedlungsstandort soll die Verwaltung mit dem Bergbautreibenden Kontakt aufnehmen und diesen bitten, die dort fehlenden Schilder aufzustellen:

- a) noch fehlende Straßenschilder;
- b) Beschilderung zur Untersagung der Befahrung des Grüngürtelwegs durch Kraftfahrzeuge.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Stellungnahme der Verwaltung:

Zu 1. Hinweisbeschilderung auf die Umsiedlungsorte

Bezüglich eventuell zu ergänzender Hinweisschilder findet in Kürze eine Ortsbefahrung mit dem Landesbetrieb Straßen NRW statt, da einige Standorte in dessen Zuständigkeit liegen.

Zu 2. Innerhalb des Umsiedlungsstandortes

- a) ***Die Vollständigkeit der Straßennamensbeschilderung wurde seitens des Rechts- und Ordnungsamtes erneut überprüft. Die im Juli 2018 festgestellten Mängel wurden zum größten Teil behoben. Es fehlt die Beschilderung der Straße „Zur Niersquelle“ zwischen den Straßen „In Kuckum (neu)“ und „Zourshof“. Die RWE Power AG wird gebeten, die Aufstellung kurzfristig vorzunehmen.***
- b) ***Es ist beabsichtigt, die Wege des Grüngürtels mit Zeichen 239 (Gehweg) und Zusatzzeichen „Radfahrer frei“ zu beschildern.***

zu 6 Tagebaubedingte Lärm- und Schmutzbelästigungen in Keyenberg

Ausschussvorsitzender Dederichs berichtet, dass die diesbezüglichen Beschwerden sowohl dem Ministerpräsidenten des Landes NRW, Herrn Armin Laschet, als auch an Frau Dr. Renz vom Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie des Landes NRW vorgetragen worden seien. Er schlägt vor, nun die dortigen Reaktionen abzuwarten bzw. die Angelegenheit an den Arbeitskreis Braunkohle zu richten. Am Sitzungsabend solle kein Beschluss gefasst werden.

Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

zu 7 Ablauf und Sachstand Rückbaukonzepte Keyenberg, Kuckum, Unter-/Oberwestrich, Berverath

Ausschussvorsitzender Dederichs berichtet von einer Mail der Frau Meyers-Beecks, die er über Herrn Balzhäuser (Planungsamt) erhalten habe, wonach zur Zeit noch kein größerer Rückbau geplant sei. Lediglich in Berverath sei der Abbruch eines bau-fälligen Gebäudes vorgesehen. Der Rückbau sei dann ab Herbst 2019 geplant. Die Angelegenheit solle im Arbeitskreis Ortsbild beraten werden. Er leite die E-Mail an den Arbeitskreis Ortsbild weiter.

zu 8 Landwirtschaftliche Belange bezüglich des Verbindungsweges durch das Wasserwerksgelände zwischen Borschemich und dem Umsiedlungsstandort

Ausschussvorsitzender Dederichs trägt vor, dass sich seit der letzten Sitzung, in der der Bezirksausschuss sich mit der Angelegenheit befasst habe, einiges getan habe.

Stellvertretendes Ausschussmitglied Fell trägt vor, dass das Wegestück zwischen Berverath (neu) und dem Wasserwerksgelände geradeaus weiterhin befahrbar bleiben müsse und neu zu schottern sei.

Der Bezirksausschuss Keyenberg/Venrath/Borschemich fasst folgenden

Beschluss (als Empfehlung an die Verwaltung):

„Der Bezirksausschuss Keyenberg/Venrath/Borschemich schlägt vor, dass die Verwaltung sich mit den örtlichen Landwirten und Landwirtinnen in Verbindung setzt und klärt, wie die landwirtschaftlichen Flächen zwischen Borschemich (neu) und Keyenberg (neu)/Berverath (neu) zukünftig erschlossen werden.“

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Stellungnahme der Verwaltung:

Der angesprochene Weg ist Gegenstand des landwirtschaftlichen Wegekonzeptes. Dieses hat auch den entsprechenden Abwägungen i. Z. mit dem Bebauungsplanverfahren des Umsiedlungsstandortes zugrunde gelegen.

Der Weg ist plangemäß in grobem Schotter ausgebaut und steht der landwirtschaftlichen Nutzung vollumfänglich zur Verfügung. Ein Ausbau als Ras-Gehweg war zu keinem Zeitpunkt vorgesehen und wäre ohnehin aufgrund der gegebenen Wegeverbindungen (z. B. parallel 280 m Abstand im Westen befindet sich ein asphaltierter Weg) nicht zu rechtfertigen.

zu 9 ZUSATZPUNKT: Bäume ‚In Venrath‘

Ausschussmitglied Königs berichtet, dass die Straßenbegleitbäume ‚In Venrath‘ mittlerweile den Asphalt und die Gehwege beschädigen würden. Seiner Auffassung nach müssten die Bäume weg. Die Situation sei auch den Anwohnern und Anwohnerinnen nicht mehr zuzumuten. Die Stadt müsse hier Abhilfe schaffen.

Ausschussvorsitzender Dederichs empfiehlt, dass die Verwaltung sich die Sache ansehen und mögliche Gefahrenstellen beseitigen solle.

Ein Beschluss wird in der Sache nicht gefasst.